

# Rechtsfragen in der Anwendung des Amsterdamer Vertrages

herausgegeben von

**DDDr. Waldemar Hummer**

o. Univ.-Prof. an der Universität Innsbruck

Wien 2001

Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung

# Inhaltsübersicht

## Teil I

### Der Amsterdamer Vertrag in der Praxis

*Rudolf Streinz*

Der Amsterdamer Vertrag: Rechtliche Vorgaben für seine Anwendung und Durchführung.....3

## Teil II

### Die Anwendung des Amsterdamer Vertrags in säulenübergreifenden Bereichen

*Charles Elsen*

Die Übernahme des „Schengen-acquis“ in den Rahmen der EU..... 39

*Peter-Christian Müller-Graff*

Die fortentwickelnde Übernahme des Acquis der „Dritten Säule“  
in die „Erste Säule“ der Union.....53

*Günter Hirsch*

Die Kompetenzen des EuGH als „Verfassungsgericht“ der EU.....77

## Teil III

### Die Anwendung des Amsterdamer Vertrages in der „Ersten Säule“ der EU

*Johann Schoo*

Die Änderungen in der Zusammensetzung, Organisation und Arbeitsweise  
des Europäischen Parlaments.....93

*Hans Brunmayr*

Die Änderungen in der Organisation und der Arbeitsweise des Rates.....107

*Paul F. Nemitz*

Investiturverfahren, Organisation und Arbeitsweise der Kommission.....119

*Friedrich Roth*

Die Änderungen in Stellung und Funktion des Wirtschafts- und  
Sozialausschusses durch den Vertrag von Amsterdam.....127

*Norbert Schöbel*

Die Änderungen in der Organisation und der Arbeitsweise  
des Ausschusses der Regionen.....135

*Roland Bieter*

Die Beteiligung der einzelstaatlichen Parlamente an den Tätigkeiten  
der Europäischen Union.....147

#### **Teil IV**

### **Die Anwendung des Amsterdamer Vertrages in der „Zweiten Säule“ der EU**

*Christoph Heusgen*

Der „Mister GASP“ und die Strategieplanungs- und Frühwarninheit.....161

*Martin Vukovich*

Die Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik.....167

#### **Teil V**

### **Die Anwendung des Amsterdamer Vertrages in der „Dritten Säule“ der EU**

*Jürgen Storbeck*

Rechtsfragen und praktische Probleme in der polizeilichen Zusammenarbeit . . . .181

*Wenceslas de Lobkowicz*

Der Bereich „Justiz und Inneres“ in der Perspektive der fünften Erweiterung  
der Europäischen Union.....209

#### **Teil VI**

### **Die Übernahme und Umsetzung des Amsterdamer Vertrages in Österreich**

*Theo Öhlinger*

Die Übernahme des Vertrages von Amsterdam sowie des Rechts der  
„Zweiten“ und „Dritten Säule“ in die österreichische Rechtsordnung.....223

*Michael Potacs*

Die Auswirkungen des Amsterdamer Vertrages  
auf das österreichische Rechtssystem.....243

*Stefan Griller*

Die GASP und das Ende der immerwährenden Neutralität.....261

**Teil VII**

**Die Weiterentwicklung der EU**

*Manfred Scheich*

Erweiterung und institutionelle Reform der Europäischen Union.....283

*Waldemar Hummer*

Reform und Reformbedarf der Europäischen Union vor und nach Nizza ..... 297

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort.....	V
Inhaltsübersicht.....	VII
Inhaltsverzeichnis.....	XI
Abkürzungsverzeichnis.....	XXIII
Autorenverzeichnis.....	XXVII

## Teil

### Der Amsterdamer Vertrag in der Praxis

Rudolf Streinz

<i>Der Amsterdamer Vertrag: Rechtliche Vorgaben für seine Anwendung und Durchführung</i> .....	3
I. Einleitung: Der Amsterdamer Vertrag in der Praxis - betroffene Bereiche.....	4
II. Institutionelle Regelungen.....	6
A. Die „Homogenitätsklausel“ des Art 6 Abs 1 iVm Art 7 EUV: Die Europäische Union als „Rechtsgemeinschaft“.....	6
1. Gemeinsame Grundsätze der Mitgliedstaaten, auf denen die Union beruht.....	6
a) Entstehung und Bedeutung der Vorschrift.....	6
b) Die einzelnen „Verfassungsprinzipien“.....	7
2. Das Verhältnis der Union zu den Mitgliedstaaten.....	8
a) Achtung der nationalen Identität der Mitgliedstaaten (Art 6 Abs 3 EUV).....	8
b) Das Prinzip der begrenzten Ermächtigung (Art 5 EUV).....	9
c) Ausprägungen im Recht der Europäischen Gemeinschaft (EG).....	9
aa) Das Prinzip der begrenzten Ermächtigung (Art 5 Abs 1 EGV).....	9
bb) Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit (Art 5 Abs 2 und 3 EGV).....	10
3. Der Sanktionsmechanismus des Art 7 EUV.....	12
4. Beurteilung der „Sanktionen“ gegen Österreich wegen Beteiligung der FPÖ an der Bundesregierung.....	13
a) Rechtliche und politische Beurteilung.....	13
b) Folgen des rechtswidrigen Vorgehens für die Europäische Union als „Rechtsgemeinschaft“.....	16

5.	Homogenität als Beitrittsvoraussetzung (Art 49 Abs 1 Satz 1 iVm Art 6 Abs 1 EUV).....	17
a)	Entstehung und Zweck der Vorschrift.....	17
b)	Die Problematik rechtlicher und politischer Bewertung. . . . .	17
c)	Beispiele.....	17
B.	Die (unterbliebene) Reform der Institutionen der Europäischen Gemeinschaft (EG).....	18
1.	Die institutionelle Reform als Voraussetzung der (Ost-)Erweiterung.....	18
2.	Die Regelungen des Amsterdamer Vertrags.....	19
a)	Reform der Zusammensetzung der Organe.....	19
b)	Institutionelle Neuerungen.....	19
c)	Stärkung der Rechtsstellung des Europäischen Parlaments ....	20
aa)	Das Europäische Parlament als entscheidendes Mitwirkungsorgan.....	20
bb)	Das Europäische Parlament als Mitgesetzgeber - Folgen für die Gemeinschaftsgesetzgebung. . . . .	20
d)	Die Kompetenzen des EuGH.....	21
aa)	Der EuGH im Bereich des EG-Vertrags allgemein. . . . .	21
bb)	Der EuGH im Bereich des Titels IV (Art 68 EGV). . . . .	21
cc)	Der EuGH im Bereich des EU-Vertrags.....	22
e)	Absichtserklärungen für die Reform der Institutionen. . . . .	22
3.	Die Flexibilitätsklausel.....	22
III.	Materielle Vorgaben des Amsterdamer Vertrags.....	23
A.	Überblick.....	23
1.	Kompetenzerweiterungen im Bereich des EGV.....	23
2.	Die „Zweite Säule“ der EU (GASP).....	24
3.	Die „Dritte Säule“ der EU (PJZS).....	24
B.	Einzelne Materien.....	24
1.	Freier Personenverkehr und Drittstaaten: Titel IV (Art61-69EGV).....	24
2.	Gleichberechtigung und Gleichstellung von Männern und Frauen	25
3.	Verbraucherschutz (Art 153 EGV).....	26
4.	Gesundheitswesen (Art 152 EGV).....	28
5.	Sozialpolitik (Titel XI, Art 136-150 EGV).....	30
6.	Beschäftigungspolitik (Titel VIII, Art 125-130 EGV).....	30
7.	Die Reform der Außenhandelskompetenz - die Befugnis zur Kompetenzerweiterung gemäß Art 133 Abs 5 EGV.....	31
8.	Die Neuordnung der Rechtsangleichung - Voraussetzungen für den „nationalen Alleingang“ (Art 95 EGV).....	31
9.	Maßnahmen im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen (Art 65 EGV).....	32
10.	Europäische Union und Strafrecht.....	34
IV.	Ausblick.....	35

## Teil II

### Die Anwendung des Amsterdamer Vertrags in säulenübergreifenden Bereichen

Charles Elsen

<i>Die Übernahme des „Schengen-acquis“ in den Rahmen der EU</i> .....	39
I. Einführung.....	39
II. Entstehungsgeschichte und Inhalt der „Schengen-Integration“.....	40
A. Der Inhalt.....	41
B. Die Entwicklung.....	41
C. Der Übernahmeprozess.....	42
III. Das Schengen-Protokoll und die Übernahme des „Schengen-acquis“ in den Rahmen der Europäischen Union.....	43
A. Der Schengen-Besitzstand.....	44
B. Rechtsgrundlagen.....	44
C. Die Rolle der Organe.....	45
D. Die Problematik Norwegen-Island.....	46
E. Die Problematik Dänemark.....	47
F. Die Problematik Vereinigtes Königreich/Irland.....	47
G. Die Eingliederung/Übernahme des Schengen-Sekretariates.....	49
H. Der „Schengen-acquis“ und die fünfte EU-Erweiterung.....	49
IV. Schlußbemerkungen.....	50

Peter-Christian Müller-Graff

<i>Die fortentwickelnde Übernahme des Acquis der „Dritten Säule“ in die „Erste Säule“ der Union</i> .....	53
I. Der sachgegenständlich von der Übernahme betroffene Acquis der „Dritten Säule“.....	56
A. Gemeinschaftsprimärrechtliche Vorgaben.....	56
1. Zugangspolitiken.....	56
2. Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen.....	57
3. Zusammenarbeit im Zollwesen.....	57
B. Unionssekundärrechtliche Ausformung.....	58
1. Inhaltlich-konzeptionelle Gestalt des Acquis.....	58
2. Rechtsförmliche Gestalt des Acquis.....	58
a) Art K.3-Maßnahmen.....	59
b) Anders betitelte Maßnahmen.....	59
c) Vor-Maastricht-Maßnahmen.....	60
d) Vorschläge.....	60
3. Sachgegenständliche Gestalt des Acquis.....	61
a) Zugangspolitiken.....	61
aa) Asylpolitik.....	61
bb) Einwanderungspolitik.....	62
cc) Visapolitik.....	62

b) Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen.....	63
c) Zusammenarbeit im Zollwesen.....	63
II. Perspektiven der Übernahme in die „Ersten Säule“.....	64
A. Übergreifendes Konzept.....	64
B. Die rechtsförmliche Übernahme.....	65
C. Die Entwicklungsperspektiven in den Einzelbereichen.....	65
1. Zugangspolitiken.....	65
a) Asylpolitik.....	66
b) Einwanderungspolitik.....	66
c) Visapolitik.....	66
2. Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen.....	67
a) Sachgegenständliche Kompetenz.....	67
b) Inhaltliche Übernahme.....	68
3. Zusammenarbeit im Zollwesen.....	68
III. Querschnittsfragen der Übernahme.....	68
A. Pflicht zur Übernahme?.....	69
1. Problembereich.....	69
2. Übereinkommen.....	69
B. Form der Übernahme?.....	70
1. Problembereich.....	71
2. Verordnung, Richtlinie oder Entscheidung.....	71
C. Konzeptionelle Ermächtigungsgrenze.....	72
D. Verhältnis zu anderen Ermächtigungsgrundlagen.....	73
E. Die Unterscheidung zwischen Recht und Politik.....	74

#### Günter Hirsch

<i>Die Kompetenzen des EuGH als „Verfassungsgericht“ der EU.....</i>	<i>77</i>
I. Zur „Verfassung“ der EG.....	77
A. Zum Thema.....	77
B. Verfassung/Vertrag.....	78
II. Der EuGH als „Verfassungsgericht“ der Gemeinschaft.....	79
A. Schutz der Grundrechte durch Richterrecht.....	79
B. Kontrolle der Rechtmäßigkeit von Gemeinschaftsnormen.....	81
C. Vertragsverletzungen und Organstreitigkeiten.....	81
D. Haushaltsstreitigkeiten in der Gemeinschaft.....	82
E. Völkerrechtliche Streitfragen.....	83
III. Abgrenzung der Verfassungsräume der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft.....	83
IV. Abgrenzung der verfassungsgerichtlichen Zuständigkeiten von EuGH und nationalen Verfassungsgerichten.....	84
V. Neue Rechtsschutzaufgaben des EuGH und Rechtsschutzdefizite nach dem Amsterdamer Vertrag.....	86
VI. Reformüberlegungen zur Gemeinschaftsgerichtsbarkeit.....	87



## Teil III

Die Anwendung des Amsterdamer Vertrages  
in der „Ersten Säule“ der EU

Johann Schoo

<i>Die Änderungen in der Zusammensetzung, Organisation und Arbeitsweise des Europäischen Parlaments</i> .....	93
I. Einleitung.....	93
II. Die neue Zusammensetzung des EP.....	94
A. Die Obergrenze von maximal 700 Abgeordneten.....	94
B. Die Zusammensetzung des EP nach der Direktwahl.....	95
III. Änderungen in der Organisation und Arbeitsweise des EP.....	96
A. Neue Verantwortung in der Rechtsetzung.....	96
B. Neue Verantwortung im Bereich der eigenen Organisationsstruktur des EP.....	99
C. Neue Verantwortung in der Kontrollfunktion.....	100
D. Neue Formen der Mitwirkung an der Vertragsrevision.....	103
IV. Schlußbemerkungen.....	104

Hans Brunmayr

<i>Die Änderungen in der Organisation und der Arbeitsweise des Rates</i> .....	107
I. Neue Aufgaben für den Rat und sein Generalsekretariat.....	107
II. Das neue Mitentscheidungsverfahren und seine praktische Anwendung...	110
III. Die geänderte Geschäftsordnung des Rates vom 31. Mai 1999.....	113
IV. Transparenz.....	114
V. Die Aufgaben der nächsten Zukunft.....	116

Paul F. Nemitz

<i>Investiturverfahren, Organisation und Arbeitsweise der Kommission</i> .....	119
I. Bestimmungsfaktoren für Organisation und Arbeitsweise der Kommission.....	119
II. Vertragliche Regeln über Investitur, Organisation und Arbeitsweise der Kommission.....	121
III. Die Geschäftsordnung der Kommission.....	122
IV. Ausblick.....	124

Friedrich Rath

<i>Die Änderungen in Stellung und Funktion des Wirtschafts- und Sozialausschusses durch den Vertrag von Amsterdam</i> .....	127
I. Einleitung.....	127
II. Beratungsbefugnisse des WSA von Maastricht (1992) bis Amsterdam (1997).....	128
III. Institutionelle Rolle des WSA von Maastricht (1992) bis Amsterdam (1997).....	129

IV. Geschäftsordnung des WSA.....	129
V. Protokoll (Nr 16) betreffend den WSA und den Ausschuß der Regionen .	130
VI. Rolle des WSA in den Bereichen Beschäftigung und Sozialpolitik .....	131
VII. Beratungsbefugnisse des WSA in den Bereichen Öffentliches Gesundheitswesen sowie Verbraucherschutz und Umwelt.....	132
VIII. Vertragsbestimmungen und institutionelle Rolle des WSA.....	132
IX. Zukunftsperspektiven des WSA.....	133

Norbert Schöbel

<i>Die Änderungen in der Organisation und der Arbeitsweise des Ausschusses der Regionen.....</i>	135
I. Einführung.....	135
A. Zum Thema.....	135
B. Der Amsterdamer Vertrag.....	136
II. Änderungen in der Organisation des AdR.....	137
III. Änderungen in der Arbeitsweise des AdR.....	138
A. Ausweitung der Beratungsbefugnisse.....	138
B. Autonomie bei der Festlegung der Geschäftsordnung .....	140
1. Verfahrensfragen.....	140
2. Inhaltliche Fragen.....	141
a) Festlegung des internen Entscheidungsprozesses.....	141
b) Erhöhung der Effizienz der Arbeiten.....	141
c) Stärkung der politischen Rolle des Präsidiums .....	142
d) Aufwertung der Arbeiten der Fachkommissionen .....	142
C. Institutionalisierte Beziehungen zwischen AdR und Europäischem Parlament.....	142
IV. Ausblick.....	143
Anhang.....	145

Roland Bieber

<i>Die Beteiligung der einzelstaatlichen Parlamente an den Tätigkeiten der Europäischen Union.....</i>	147
I. Einleitung.....	147
II. Zur Legitimationsleistung staatlicher Parlamente im Integrationsprozeß..	148
III. Verstärkung der direkten Beziehungen zwischen staatlichen Parlamenten und EU-Institutionen.....	149
A. Vertragsänderung und Erweiterung.....	151
B. Vertragsausführung.....	152
1. Zustimmung zu EG/EU Rechtsakten.....	152
2. Erlaß von Durchführungsmaßnahmen.....	153
3. Bewertung.....	153
IV. Indirekte Einwirkung der staatlichen Parlamente auf die EU.....	154
V. Entwicklungstendenzen.....	156
VI. Schlußbemerkung.....	157

**Teil IV****Die Anwendung des Amsterdamer Vertrages  
in der „Zweiten Säule“ der EU**

Christoph Heusgen

<i>Der „Mister GASP“ und die Strategieplanungs- und Frühwarnereinheit</i> . . . . .	161
I. Der Vertrag von Amsterdam . . . . .	161
II. Javier Solana . . . . .	162
III. Beziehungen zu den Europäischen Institutionen . . . . .	163
IV. Die Zukunft . . . . .	164
V. Politischer Stab . . . . .	165

Martin Vukovich

<i>Die Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik</i> . . . . .	167
I. Einführung . . . . .	167
II. Die Beschlüsse des Europäischen Rates von Helsinki . . . . .	170
A. Militärisches Krisenmanagement der EU . . . . .	170
1. Entwicklung militärischer Fähigkeiten der EU . . . . .	170
2. Beschlußfassung/institutionelle Vorkehrungen . . . . .	170
3. Konsultation und Zusammenarbeit mit Staaten, die nicht der EU angehören, sowie mit der NATO als solcher . . . . .	171
4. Gleichberechtigung aller EU-Staaten sowie Verhältnis zu den Vereinten Nationen . . . . .	171
B. Krisenbewältigung der EU mit nichtmilitärischen Mitteln . . . . .	172
III. Von Helsinki über Feira nach Nizza . . . . .	172
A. Neue GESVP-Ratsstrukturen . . . . .	172
B. Erarbeitung des „headline goal“ und der „capability goals“ . . . . .	173
C. Beziehungen EU-Drittstaaten . . . . .	174
D. Beziehungen EU-NATO . . . . .	174
E. Übernahme von Aufgaben der WEU durch die EU . . . . .	175
F. Ziviles Krisenmanagement . . . . .	176
IV. Europäische Rüstungskoooperation . . . . .	176
V. Ausblick . . . . .	177

**Teil V****Die Anwendung des Amsterdamer Vertrages  
in der „Dritten Säule“ der EU**

Jürgen Storbeck

<i>Rechtsfragen und praktische Probleme in der polizeilichen Zusammenarbeit</i> . . . . .	181
I. Einführung . . . . .	182
II. Allgemeine Probleme und Lösungsansätze bei der internationalen polizeilichen Zusammenarbeit . . . . .	183

III. Praktische Probleme und Lösungsansätze in der internationalen polizeilichen Zusammenarbeit.....	187
A. Informationsgewinnung.....	187
B. Analyse.....	188
C. Koordination.....	188
D. Gemeinsame internationale Ermittlungen.....	188
IV. Aktuelle Neuerungen in der gemeinsamen EU-weiten Verbrechensbekämpfung und polizeilichen Zusammenarbeit.....	189
V. Rechtsfragen und praktische Probleme beim Aufbau und der Arbeit von EUROPOL.....	191
VI. Die rechtsstaatliche Kontrolle von EUROPOL.....	196
A. Parlamentarische Kontrolle.....	196
1. Kontrolle auf europäischer Ebene - Das Europäische Parlament..	196
2. Kontrolle auf nationaler Ebene - Die nationalen Parlamente . . . . .	197
B. Exekutive Kontrolle.....	197
1. Managementkontrolle.....	197
a) Kontrolle auf europäischer Ebene.....	197
aa) Ministerrat.....	197
bb) Kommission.....	198
cc) Verwaltungsrat.....	198
b) Kontrolle auf nationaler Ebene.....	199
2. Operative Kontrolle.....	199
a) Kontrolle auf europäischer Ebene.....	199
b) Kontrolle auf nationaler Ebene - Die Leiter der nationalen EUROPOL-Stellen.....	199
C. Finanzkontrolle.....	200
1. Kontrolle auf europäischer Ebene.....	200
a) Der Finanzkontrolleur.....	200
b) Der Prüfungsausschuß.....	200
2. Kontrolle auf nationaler Ebene - Der Haushaltsausschuß . . . . .	200
D. Gerichtliche Kontrolle und Immunität.....	201
1. Kontrolle auf europäischer Ebene.....	201
2. Kontrolle auf nationaler Ebene.....	201
E. Datenschutzkontrolle.....	202
1. Kontrolle auf europäischer Ebene - Die Gemeinsame Kontrollinstanz.....	203
2. Kontrolle auf nationaler Ebene.....	204
VII. EUROPOL und die internationale justizielle Zusammenarbeit . . . . .	205
A. EUROPOL und die Übermittlung von Rechtshilfeersuchen . . . . .	205
B. Zugriff von Justizbehörden auf das EUROPOL-Informationssystem..	206
C. Modelle für eine Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaften und EUROPOL.....	206
1. Einrichtung einer europäischen Staatsanwaltschaft . . . . .	206
2. Netzwerk von Staatsanwälten in den Mitgliedstaaten . . . . .	206
3. Zentrale Ansiedlung von nationalen Staatsanwälten . . . . .	207
VIII. Abschließende Anmerkungen.....	207

Wenceslas de Lobkowicz

<i>Der Bereich „Justiz und Inneres“ in der Perspektive der fünften Erweiterung der Europäischen Union</i> .....	209
I. Einführung in die Grundfragen der fünften Erweiterung.....	210
II. Die Singularität des aktuellen Erweiterungsprozesses im Bereich „Justiz und Inneres“.....	211
A. Justiz und Inneres als gemeinsame europäische Herausforderung . . . . .	211
B. Die Heranführungsstrategie.....	212
1. Die Instrumente zur Vorbereitung der Erweiterung.....	212
a) Die „Beitrittspartnerschaften“ (Accession Partnerships).....	212
b) Die „Nationalen Programme zur Übernahme des Besitzstandes“.....	212
c) „Fortschrittsbericht“.....	212
2. Unterstützungsmaßnahmen für die Heranführung.....	213
C. Der politische Dialog.....	213
1. Initiativen auf politischer Ebene.....	213
2. Informelle Kooperationsformen.....	214
III. „Justiz und Inneres“ als Bestandteil der Erweiterungsverhandlungen . . . . .	214
A. Justiz und Inneres als politisch sensibles Thema.....	214
1. Fachministerien als „Hüter“ des „acquis“ im Bereich „Justiz und Inneres“.....	214
2. „Group Evaluation Collective“.....	214
B. Die Umsetzung eines einheitlichen und eigenständigen Besitzstandes der Union.....	215
1. Der „EU-Acquis“.....	215
2. Der „Schengen-Acquis“.....	215
C. Die Vorbereitung der Verhandlungen.....	216
D. Die Verhandlungen.....	217
1. Wer verhandelt?.....	217
2. Rolle der Kommission.....	217
3. Zeitplan.....	218
4. Der Europäische Rat von Helsinki vom Dezember 1999.....	218
5. Zwei-Phasen-Modell.....	218
6. Status der Türkei.....	218
E. Der Europäische Rat von Tampere vom Oktober 1999.....	219
IV. Schlußbemerkungen.....	219

## Teil VI

### Die Übernahme und Umsetzung des Amsterdamer Vertrages in Österreich

Theo Öhlinger

<i>Die Übernahme des Vertrages von Amsterdam sowie des Rechts der „Zweiten“ und „Dritten Säule“ in die österreichische Rechtsordnung</i> .....	223
I. Die Inkorporation des Vertrages von Amsterdam.....	223
A. Verfassungsrechtliche Grundlage.....	224

B. Ist der Vertrag von Amsterdam in das österreichische Recht inkorporiert worden?.....	225
C. Der Rang des Vertrages von Amsterdam innerhalb der österreichischen Rechtsordnung.....	227
1. Der Rang der gemeinschaftsrechtlichen Komponenten.....	227
2. Der Rang des Unionsrechts.....	228
II. Die Übernahme des sekundären Unionsrechts.....	230
A. Die Handlungsformen der „Zweiten Säule“.....	230
B. Völkerrechtliche Abkommen im Rahmen der EU.....	230
1. Vorbehalt in Bezug auf verfassungsrechtliche Vorschriften.....	230
2. Abkommen der EU?.....	231
3. Abkommen der Mitgliedstaaten?.....	232
C. Rahmenbeschlüsse und Beschlüsse im Rahmen der „Dritten Säule“ ..	233
1. Die mangelnde unmittelbare Wirksamkeit.....	233
2. Die Inkorporationsbedürftigkeit des sekundären Unionsrechts . . .	234
3. Der Rang des sekundären Unionsrechts innerhalb der österreichischen Rechtsordnung.....	235
4. Publikationsbedürftigkeit des sekundären Unionsrechts?.....	236
D. Die Entscheidungen des EuGH im Rahmen der „Dritten Säule“ . . . .	236
1. Rechtmäßigkeitsverfahren.....	237
2. Streitbeilegungsverfahren.....	237
3. Vorabentscheidungsverfahren.....	239

Michael Potacs

<i>Die Auswirkungen des Amsterdamer Vertrages auf das österreichische Rechtsschutzsystem</i> .....	243
I. Einleitung.....	243
II. Vorrangfrage.....	245
III. Vorabentscheidungsverfahren.....	246
A. Art 68 EGV.....	247
1. Allgemeines.....	247
2. „Gericht“ im Sinne von Art 68 EGV.....	247
3. Vorlageberechtigung oder Vorlageverpflichtung?.....	250
4. Anpassung.....	251
B. Art 35 EU-Vertrag.....	251
1. Vorlageberechtigte „Gerichte“.....	251
2. Vorlageverpflichtete „Gerichte“.....	253
IV. Grundrechtsschutz.....	254
V. Rechtsschutzeinrichtungen.....	256
A. Gerichtlicher Rechtsschutz.....	256
B. Vorläufiger Rechtsschutz.....	257
VI. Schlußbetrachtung.....	260

Stefan Griller

<i>Die GASP und das Ende der immerwährenden Neutralität</i> .....	261
I. Einleitung.....	261

II. Neutralitätspflichten.....	262
A. Die traditionelle Auffassung.....	262
B. Vom Wandel der österreichischen Neutralitätsauffassung.....	264
III. Neutralität und EU-Beitritt.....	266
A. Kollisionsprobleme beim Beitritt.....	266
B. Der EU-Beitrittsvertrag'.....	267
C. Österreich als differentiell neutraler Staat.....	268
IV. Neutralität und Amsterdamer Vertrag.....	270
A. Die wichtigsten Neuerungen im Amsterdamer Vertrag.....	270
B. Die „Umsetzung“ des Amsterdamer Vertrags und das Ende der immerwährenden Neutralität.....	272
C. Die völkerrechtlichen Konsequenzen.....	277
V. Zukunftsperspektiven.....	280

## Teil VII

### Die Weiterentwicklung der EU

Manfred Scheich

<i>Erweiterung und institutionelle Reform der Europäischen Union.....</i>	283
I. Die Rahmenbedingungen der fünften Erweiterung.....	283
II. Die Regierungskonferenz 2000 zur institutionellen Reform der Europäischen Union.....	286
A. Das limitierte Mandat für die Regierungskonferenz 2000.....	286
III. Anregungen für konkrete Reformbemühungen.....	289
A. Europäischer Rat und Rat.....	289
B. Kommission.....	291
C. Verstärkte Zusammenarbeit bzw „Flexibilität“.....	292
IV. Schlußbemerkungen.....	294

Waldemar Hummer

<i>Reform und Reformbedarf der Europäischen Union vor und nach Nizza.....</i>	297
I. Einführung.....	298
II. Die institutionellen „left overs“ von Maastricht (1992) und Amsterdam (1997).....	300
III. Das Protokoll (Nr 7) über die Organe im Hinblick auf die Erweiterung der Europäischen Union (1997).....	303
IV. Die Regierungskonferenz 2000 zu den institutionellen Fragen - Mandat, Vorschläge, Verfahren.....	304
A. Das (vorläufige) Mandat für die Regierungskonferenz 2000 auf dem Europäischen Rat von Köln vom 3./4. Juni 1999.....	305
B. Die Vorschläge zur Regierungskonferenz 2000 über die institutionelle Reform.....	306
1. Stellungnahmen der Organe und Nebenorgane.....	306
2. Stellungnahmen dritter Einrichtungen.....	308
a) Der Bericht der „Andriessen-Kommission“.....	308
b) Der „Bericht der Drei Weisen“.....	308

3.	Der „Optionenbericht“ der finnischen Präsidentschaft und die einzelnen Bereiche der Regierungskonferenz 2000.....	308
C.	Das (endgültige) Mandat für die Regierungskonferenz 2000 auf dem Europäischen Rat von Helsinki vom 10./12. Dezember 1999.....	309
D.	Das Verfahren der Regierungskonferenz 2000 zu den institutionellen Fragen.....	310
V.	Die Ausarbeitung einer Grundrechte-Charta der Europäischen Union. . . . .	310
A.	Der Beschluß zur Ausarbeitung einer Grundrechte-Charta der Union	312
B.	Der Beschluß über die Einsetzung eines Grundrechte-Konvents. . . . .	312
VI.	Von der „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität“ (ESVI) zur „Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GESVP).....	313
A.	Die Erklärung über die Fortentwicklung der GESVP.....	314
B.	Die Einrichtung von Mechanismen militärischer und nicht-militärischer Krisenbewältigung.....	315
C.	Die „Petersberg-Aufgaben“ und die Verstärkung der Zusammenarbeit der WEU mit der EU.....	315
D.	Die Einrichtung interimistischer Institutionen im Rahmen der GESVP.....	316
VII.	Der weitere Verlauf der Regierungskonferenz 2000, der Ausarbeitung der Grundrechte-Charta und der GESVP.....	317
A.	Der Europäische Rat von Feira vom 19./20. Juni 2000.....	317
1.	Die Erweiterung des Mandates der Regierungskonferenz 2000 um die „verstärkte Zusammenarbeit“ bzw „Flexibilität“.....	317
2.	Die Grundrechte-Charta der Union.....	319
3.	Die GESVP.....	319
B.	Die informelle Erweiterung des Mandats der Regierungskonferenz 2000 durch den französischen Vorsitz.....	319
1.	Das Sanktionsverfahren gem Art 7 EUV auf der Agenda der Regierungskonferenz 2000.....	320
2.	Novellierungsvorschläge von Art 7 EUV.....	320
a)	Der Vorschlag Belgiens.....	321
b)	Der Vorschlag Österreichs.....	321
aa)	Frühwarnmechanismus.....	322
bb)	Sanktionsverfahren.....	322
cc)	Richterliche Kontrolle.....	323
c)	Der Vorschlag der portugiesischen Präsidentschaft.....	323
d)	Der Vorschlag der Europäischen Kommission.....	324
e)	Der Vorschlag der französischen Präsidentschaft.....	324
C.	Die Überführung der operativen Kapazitäten der WEU in die EU durch die „Erklärung von Marseille“ vom 13. November 2000. . . . .	324
D.	Der Europäische Rat von Nizza vom 7./9. Dezember 2000. . . . .	325
VIII.	Der „Post-Nizza“-Prozeß.....	327
IX.	Die Grundrechte-Charta - Beginn einer „Etatisierung“ bzw „Konstitutionalisierung“ der Union?.....	328
X.	Schlußbetrachtungen.....	330